



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Hochschulen stärken – Grundfinanzierung aufstocken
(Kap. 15 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 06 wird eine neue TG „Verstärkungsmittel für Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften für Personal, Sachausgaben und Investitionen“ eingebracht und mit Mitteln in Höhe von 100.000,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar zugunsten Kap. 15 59 (Hochschule für Musik Nürnberg), Kap. 15 62 (Hochschule für Musik und Theater München) und Kap. 15 63 (Hochschule für Musik Würzburg).

Die Mittel dienen insbesondere der Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Schaffung von Dauerstellen, des Ausbaus der Masterstudienplätze sowie der besseren Betreuung der Studierenden.

Begründung:

Die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften hat in den vergangenen Jahren weder mit den gestiegenen Studierendenzahlen, noch mit den allgemein wachsenden Anforderungen an die Hochschulen Schritt gehalten.

Seit 2000 (18,1 Prozent) hat sich der Drittmittelanteil bei der Finanzierung der bayerischen Universitäten nahezu verdoppelt, der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung ist dementsprechend gesunken. Damit wächst zwangsläufig der Einfluss von Privatunternehmen auf Forschung und Lehre. Die Grundfinanzierung der Hochschulen und Universitäten wird damit immer prekärer.

Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs hat landesweit immer noch mit prekären Karriere- und Beschäftigungsbedingungen zu kämpfen. Derzeit sind an den Hochschulen rund 70 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt – bei den Universitäten ist der Anteil sogar noch höher. Die vorherrschenden prekären Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Mittelbaus haben negative Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufsfelds Wissenschaft sowie auf Lehre und Forschung. Damit werden nicht nur die Zukunftsperspektiven vieler Betroffener aufs Spiel gesetzt. Auch die Qualität des Hochschulstandorts Bayern wird gefährdet, wenn der wissenschaftliche Nachwuchs im Zweifel sogar das Land verlässt, um bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden. Bayern soll entscheidender Wissenschaftsstandort bleiben und dafür müssen die

erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auch im Bereich der Arbeitsbedingungen. Wir brauchen Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss deshalb dringend gestärkt werden.

Für viele Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen gibt es kein ausreichendes Angebot an Masterplätzen in Bayern. Die Sorge, aus Mangel an Masterplätzen nach dem Bachelor nicht in Bayern weiterstudieren zu können, verschärft die Konkurrenzsituation in vielen Studiengängen unnötig. Besonders hart trifft dieser Umstand Studierende in Bereichen, in denen der Bachelor nicht als berufsqualifizierend etabliert werden konnte, wie etwa in der Psychologie oder Chemie.